

Eine der **Forderungen der Arbeiterkammer** zur *Stärkung der „Demokratie auf allen Ebenen“* lautet:

„**Den Umbau demokratisch gestalten:** Politik lebt von der Mitwirkung. Die Maßnahmen des sozialen und ökologischen Umbaus sollten daher in breiten und partizipativen Diskussionsprozessen entwickelt und demokratisch entschieden werden. Dabei sollten innovative, sozial repräsentative und inklusive Formen von Partizipation angewandt werden, um der Bevölkerung effektive Möglichkeiten zur Mitwirkung zu geben.“

Quelle: **Wirtschaft & Umwelt 1, 2024, S 21**

**Eine Zwei-Drittel-Demokratie droht**

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Regierung auf, ein Konzept zur Schaffung sozialer Rechtsstaatlichkeit in der österreichischen Bundesverfassung zu erarbeiten.



# Demokratisiert Euch!

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem oft zitierten Wort aus Willy Brandts [Regierungserklärung](#) vom Oktober 1969, wonach die BRD **mehr Demokratie wagen** wolle, gibt es weiterhin unbeantwortete Fragen auf dem Weg dorthin. Zudem wird der damals konstatierte Bedarf mittlerweile nicht nur in Deutschland festgestellt.

Sofern wir die damit verbundenen Herausforderungen annehmen, sollten wir unsere Reise in eine Zukunft mit „mehr Demokratie“ passenderweise mit der Beantwortung grundsätzlicher Fragen beginnen. Eine davon lautet:

**Wie können wir als Gesellschaft reifen?** Die Antwort darauf ist schnell gefunden: Indem wir an unseren Schatten arbeiten und sie gegebenenfalls integrieren. Das funktioniert individuell ebenso wie gesamthaft.

Der bisherige Reifeprozess ging dabei bisher nicht weit genug. Daher sind [Demokratien unter Druck](#) geraten. Dies auch deshalb, weil weniger das Gemeinwohl als vielmehr Parteiinteressen im Vordergrund standen und stehen. Auf den Wettkampf von Parteien zu setzen führt offensichtlich noch zu keinen zufriedenstellenden Ergebnissen. Es reicht auch nicht, wenn Regierungen und ihre missliebigen [Teilgesellschaften](#) – sprich: Parteien – abgewählt werden können. Die *Verteidigung* der Demokratie ist ebensowenig zielführend. Schließlich ist ihre jeweilige Beschaffenheit eine wesentliche Quelle dafür, dass spätestens seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts dunkle Wolken am bislang [azurblauen Polithimmel](#) aufziehen. Als Antwort darauf weiterhin den Status quo prolongieren zu wollen, führt selbst nach erfolgreichen Protesten allenfalls zu kurzfristiger Aufhellung am gemeinwohlorientierten Firmament.

„Die #Demokratie [...] muss jetzt reformiert werden, wenn sie nicht zu einer Herrschaft der #Minderheit verkommen soll.“

[penguin.de/Buch/Die-Tyrannie-d...](https://penguin.de/Buch/Die-Tyrannie-d...) #Levitsky #Ziblatt #Tyrannie



Penguin Random House Verlagsgruppe

**Die Tyrannie der Minderheit**

Die Tyrannie der Minderheit - Warum die amerikanische Demokratie am A...

Quelle: <https://social.amoximon.de/@AmoNiesner/112167952408131974>

**Was also tun?** Weil [Aufklärung](#) nicht reicht, um ein „[gutes Leben für alle](#)“ zu gewährleisten, braucht es repräsentative(re) Parlamente als Legislative. Da diese allein mittels [Wahlen](#) nicht erreicht werden können, sind wir aufgerufen, insbesondere die gesetzgebenden [Institutionen der Demokratie weiterzuentwickeln](#).

## Proteste als Form der Partizipation



Hier beginnt nun unsere Arbeit daran, die oben erwähnten Schatten zu integrieren. Ist der Fokus für unser Engagement erst einmal definiert, gilt es zunächst – und auch weiterhin – äußerst hartnäckige [Widerstände](#) („[einer lauten Minderheit](#)„) aus dem Weg zu räumen. Schließlich geht es dabei um unreflektierte Haltungen ebenso wie um Macht in all ihren Facetten und Ausprägungen. Die angewendeten Mittel zur Verteidigung von politischer Einflussnahme zwecks Erwerbung und Erhalt von rechtlich verankerten und durch langjährige Praxis scheinbar legitimierten Vorteilen sind vielschichtig. Auf die nächste [Krise](#)<sup>1</sup> zu hoffen bringt uns allenfalls zufällig einen Schritt näher ans erstrebte Ziel einer *repräsentativen Volksvertretung ohne Schatten*. Was bleibt, ist uns zu **demokratisieren**. Mit uns sind alle gemeint, nicht nur die

üblichen Aktivbürger. Um weitgehend alle zur Teilnahme zu motivieren, braucht es allerdings eine entsprechende „[Kultur der Ermächtigung](#)“ inklusive einer lebendigen Protestkultur.

Tobias Doppelbauer/Dirk Lange in [Demokratie im Alltag](#): „Narmina erklärte etwa auf die Frage danach, wo ihr Demokratie im Alltag begegnet, dass sie die demokratische Gesellschaft im Alltag erlebt, wenn sie an einem Protest teilnimmt. Für sie ist es ein Kennzeichen der demokratischen Gesellschaft, dass Proteste als Form der Partizipation möglich sind.“ (S 190)



### **Aber was heißt das jetzt, sich individuell und als Gesellschaft zu demokratisieren?**

Wir haben doch bereits – zumindest in Österreich – eine funktionierende [Sozialpartnerschaft und die nichtterritoriale Selbstverwaltung](#) von Kammern und Gesundheitskassen im Verfassungsrang. Wie wir bisher gesehen haben – beispielsweise bei der fehlenden Beseitigung von [Kinderarmut](#) -, reicht das genausowenig wie dieser Vorschlag von Tim Wihl in [Wilde Demokratie](#):

„Um den aufgeführten Risiken beizukommen, wäre es allerdings noch vorteilhafter, wenn die digitale Öffentlichkeit sich letztendlich commons-haft beziehungsweise genossenschaftlich und selbstverwaltet organisieren würde. Dafür braucht sie den Staat als regulatorischen und womöglich auch fiskalischen Bündnispartner gegen den Markt.“ (S 27)

Doch genau diesen „Staat als Garanten von Unordnung“, wie Tim Wihl weiter ausführt, gibt es noch nicht in ausreichend gesichertem Maße. Ansonsten hätten wir die Probleme einer auf Wahlen sich stützenden Demokratie nicht, von der [Emanuel Towfigh](#) im Jahr 2015 meinte: „Aber die Parteiendemokratie hat sich offenkundig überlebt, die Nachteile dieses Systems werden immer deutlicher sichtbar.“

Ein [Ausweg aus der Demokratiekrise](#) wird deshalb nicht durch die Gründung neuer Parteien erfolgen.

Wir dürfen im Jahr 2023 sogar fragen: Welchen Anteil haben ehemals sozialistische Parteien daran, dass mehr als hundert Jahre nach ihrer Gründung **Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie** gilt? Die [volonté générale](#) (Gemeinwille) wird von den Reichen – Stichwort: „[selektive Responsivität](#)“ – weiterhin mit Füßen getreten: „Eine weitere massive Verschlechterung betrifft die Leistungen fürs Wohnen, auch die Wohnbeihilfe wird jetzt von den zuständigen Behörden einbehalten. Mindeststandards gibt es keine mehr, das Ziel der Armutsbekämpfung ist aus den Zielen des Gesetzes gestrichen worden. Manche wollen in dieser Situation Sozialleistungen für die Ärmsten im Land weiter kürzen.“ ([Die Armutskonferenz](#), 2024)



## Auf dem Weg zur [einmütigen](#) Mitentscheidungskultur<sup>2</sup>

Ein erster Schritt zu einer tieferen und damit kulturell verankerten Demokratisierung einer Gesellschaft führt uns in [Schulen](#)<sup>3</sup> und [Kindergärten](#), in denen [Demokratie als Lebensform](#) bereits [praktiziert](#) wird. Darüber hinaus [braucht](#) es über das ganze Land verteilte Diskussionsveranstaltungen mit Workshops, Aktionen im öffentlichen Raum und Festivalcharakter. Nur so kann [Demokratie als gemeinschaftsbildende Kultur](#)<sup>4</sup> lebendig bleiben. [Plattformen](#) können dabei unterstützend wirken.

Damit aber werden die Steine am Parlamentsgebäude noch kein bisschen bunter. Was noch fehlt sind dauerhaft aktive, zivilgesellschaftliche [Bündnisse](#), die *Proteste als Demokratiegeneratoren* ([Armin Nassehi](#)) verstehen und diese gezielt einsetzen, um „[Repräsentationsarmut und Polarisierung](#)“ (Tamara Ehs) durch die Weiterentwicklung des demokratischen Institutionengebäudes zu verringern.



## ■ Nicht-institutionalisierte politische Beteiligung und Protestverhalten

### 1. Beteiligung kommt mehr und mehr ohne Organisation aus – zum Wandel von Partizipation

Ohne politische Partizipation, so lautet eine zentrale Annahme der Demokratietheorie, ist demokratische Politik nicht vorstellbar. Allerdings hat sich in Deutschland, wie in anderen postindustriellen Gesellschaften auch, seit den späten 1960er Jahren ein Wandel im Beteiligungsverhalten der Bevölkerung vollzogen: Zur politischen Partizipation gehören in modernen Demokratien inzwischen neben den etablierten und seit langem institutionalisierten, d.h. rechtlich geregelten Formen (z. B. Teilnahme an Wahlen oder Mitgliedschaft in Parteien) auch weniger verfasste bzw. nicht-institutionalisierte Formen politischer Einflussnahme. Hierzu gehören z. B. Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Hausbesetzungen bis hin zu Ausdrucksformen zivilen Ungehorsams. An den derart insgesamt erweiterten Formen politischer Partizipation sind zugleich die Ausprägungen eines gewandelten Beteiligungsmusters erkennbar, für das die Forschung den Begriff „partizipatorische Revolution“ (Max Kaase, 1984) geprägt hat. Gemeint ist damit ein Beteiligungsmuster, das durch „die Entinstitutionalisierung politischer Beteiligung und die Erweiterung des politischen Beteiligungsrepertoires“ gekennzeichnet ist (van Deth 1997: 294).

### 2. Nicht-institutionalisierte Partizipation in Ost- und Westdeutschland in Zahlen und Daten

Auch solche jüngeren Formen politischer Partizipation werden in Deutschland mittels Umfragen und medial vermittelter Ereignisdaten systematisch erfasst, und auch sie gehen ein in die Beurteilung des politischen Interesses sowie in das Maß politischer

Beteiligung (vgl. Abbildung „Politische Beteiligung“). Das Ausmaß solcher nicht-institutionalisierter Aktivitäten politischer Partizipation war in Ost- und Westdeutschland in den 1990er Jahren nahezu stabil und steigt mit Beginn der 2000er Jahre an. Diese Steigerung hebt sich deutlich ab von der Beteiligungsdichte bei herkömmlichen institutionalisierten Aktivitäten politischer Partizipation (z. B. in Parteien oder der Kommunalpolitik), wo eine vergleichbare Dynamik nicht vorhanden ist. Das Maß der Beteiligung ist im gleichen Zeitraum vielmehr relativ konstant geblieben bzw. ist rückläufig geworden. Was die Häufigkeit politischer Partizipation angeht, sind keine markanten Unterschiede zwischen Ost und West festzustellen (vgl. Weßels 2008, S. 392).

Auch die allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften (ALLBUS) belegen ein stetiges Anwachsen der Beteiligung an nicht-institutionalisierten, früher oftmals als „unkonventionell“ bezeichneten Aktivitäten (vgl. Tabelle „Nicht-institutionalisierte Formen politischer Partizipation“). Sie erfassen seit 1980 diese Formen politischer Partizipation wie z. B. die Mitarbeit in Bürgerinitiativen oder die Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen, an Blockaden und Besetzungen. Solche Aktivitäten sind heute häufig selbstverständlicher und verbreiteter als die Hinwendung zu institutionalisierten Formen politischer Aktivität, weshalb die Bezeichnung „unkonventionell“ kaum noch zutrifft und mittlerweile durch das Attribut „nicht-institutionalisiert“ verdrängt worden ist. Auch dieser Befund gilt für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen.

Seite 2

---

## Anmerkungen

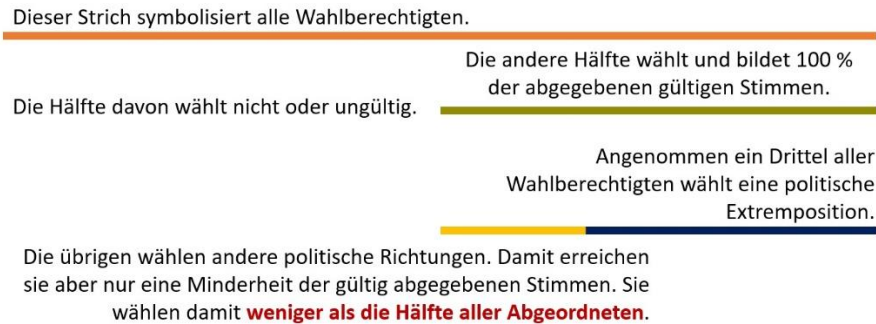
1| Tim Wihl schreibt angesichts struktureller Probleme korrekterweise von „[Zeichen demokratischer Malaise](#)“.

2| Erste Details dazu siehe: „[Mitentscheidungskultur](#) als Weg zur resilienten Demokratie“

3| Siehe auch **Zentrum polis**: [Demokratie in der Schule](#) – Beispiele: [Sportmittelschule](#) in Feldbach, [Volksschulen im Bezirk Weiz](#) – in einer für die Oberstufe der AHS geltenden [Verordnung der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur](#) aus dem Jahr 2003 heißt es dazu: „Die Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, Sachverhalte und Probleme in ihrer Vielschichtigkeit, ihren Ursachen und Folgen zu erfassen und ein an den Menschenrechten orientiertes Politik- und Demokratieverständnis zu erarbeiten. Dies verlangt eine entsprechende Praxismöglichkeit im Lebens- und Erfahrungsbereich der Schülerinnen und Schüler.“ (S 35)

# Wie ungültig oder nicht wählen die Demokratie gefährdet

*Wie wirken sich nicht oder ungültig wählen auf die Bildung von relativen Mehrheiten in einer Demokratie aus?*



Quelle: <https://bosolei.com/2024/05/15/demokratisiert-euch>

In der [Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung](#) lautet das Ziel (Grundsatz) unter Pkt. 5 Abs. g: „Ein grundlegendes Ziel jeder Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung besteht darin, die Lernenden nicht nur mit Wissen, Verständnis und Kompetenzen auszustatten, sondern sie auch dazu zu befähigen, im Dienste der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in der Gesellschaft aktiv werden zu wollen.“ (S 4)

Doch auch [Bildungsmaßnahmen](#) allein garantieren noch keine liberale Demokratie. So kam es, dass auch Österreich im Jahr 2022 erstmals wieder zur Wahldemokratie herabgestuft wurde. Vielmehr braucht es dazu eine Weiterentwicklung demokratischer Strukturen als permanent wirksamer Ausdruck für den Souverän (vgl. [Hans Kelsen](#)).

Tim Wihl, sich auf Canettis Modell der Umkehrungsmassen beziehend: „Es spiegelt wider, dass die Demokratie nur gedeihen kann, wenn sich Menschen von Zeit zu Zeit erheben, um sich von zu vielen Stacheln der Befehle zu befreien.“ ([Wilde Demokratie](#), S 93) Zu beachten sei dabei folgender Aspekt: „Nur Proteste, die den politisch-ökonomischen Kontext berücksichtigen, können zu einem dauerhaften Wandel beitragen, der in demokratische Entscheidungsprozesse mündet.“ (S 96 f) Am Schluss seines Buches noch dieser Hinweis: „*Civic courage* ist das schlechthinige Ideal der Demokratie im Sinne des US-Richters Louis Brandeis: Nur wo Menschen sich gemeinsam etwas trauen, werden sie auf Dauer in einer Demokratie leben.“ (S 129 f)



Quelle: <https://erwachsenenbildung-steiermark.at/netzwerk/themen-und-projekte/demokratiebildung>

Vor über 100 Jahren fanden in Österreich erstmals demokratische Wahlen statt. Dass das Wahlrecht allein keine Garantie für den Fortbestand einer demokratischen Gesellschaft ist, wurde in den folgenden Jahrzehnten schmerzlich bewusst.



# Lösen statt wählen? Bundeskunsthalle seziert die Demokratie

29. Mai 2024, 12:32 Uhr Quelle: dpa



Die Bundeskunsthalle in Bonn zeigt die Ausstellung «Für alle! Demokratie neu gestalten» bis zum 13.10.2024. © Thomas Banneyer/dpa

„Für alle! Demokratie neu gestalten“ heißt eine Ausstellung in der Bundeskunsthalle vom 30. Mai bis zum 13. Oktober 2024, passend zu 75 Jahre Grundgesetz und Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Aber auch passend zur Bedrohung vieler liberaler Demokratien durch Rechtspopulisten und Autokraten.

## Nur jeder Zweite ist zufrieden mit dem Zustand der Demokratie

In einer kürzlich veröffentlichten Umfrage zur weltweiten Wahrnehmung der Demokratie ("Democracy Perception Index") gaben 85 Prozent der Befragten an, dass ihnen Demokratie wichtig sei, doch nur etwas mehr als die Hälfte war zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in ihrem Land. In Ungarn glauben demnach nur noch 31 Prozent, dass sie in einer Demokratie leben.

Umfragen dokumentieren zudem immer wieder, dass Wähler rechtspopulistischer Parteien häufig ein Gefühl der Ohnmacht erleben: Sie haben den Eindruck, von Eliten fremdgesteuert zu werden, im Parlament und in der Regierung nicht repräsentiert zu werden und politische Entscheidungen nicht beeinflussen zu können.

Quelle: <https://www.zeit.de/news/2024-05/29/loesen-statt-waehlen-bundeskunsthalle-seziert-die-demokratie>

4| **Mehr Demokratie:** „Unsere demokratischen Strukturen sind darauf angelegt, die Würde des Menschen zu schützen und Freiheit zu gewährleisten. Doch der staatliche Rahmen allein schafft noch keine lebendige Demokratie: Um sie erlebbar zu machen, sind bestimmte innere Haltungen notwendig, bestimmte Herangehensweisen und Formate hilfreich. Eine solche demokratische Kultur lässt sich nicht regeln oder verordnen – sie muss entwickelt, bewegt und praktiziert werden. Aus dieser Dynamik heraus lassen sich dann auch die Strukturen weiterentwickeln.“

## Zivilgesellschaft ersetzt nicht den Sozialstaat

Dabei ist es ganz explizit nicht Aufgabe gemeinnütziger Institutionen wie den Tafeln, den Sozialstaat zu ersetzen. Das Ziel der Tafeln ist "Lebensmittel retten und Menschen helfen" und nicht, Existenzminimum der Bürgerinnen und Bürger zu sichern – diese Aufgabe kann und darf die Zivilgesellschaft niemals dem Staat abnehmen.

Hinzu kommen Versuche der politischen Instrumentalisierung. Soll beispielsweise eine Tafel eine Lebensmittelspende der AfD oder eines ihr nahestehendes Unternehmens ablehnen, damit diese damit nicht Werbung für ihre eigenen politischen Ziele machen können?

**Der politische Angriff auf die Sozialsysteme ist Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt.**

Die Politik nimmt mit ihrem Kurs in Kauf, dass immer mehr Menschen immer stärker abhängig von ehrenamtlicher Unterstützung werden. **Damit drängt der Staat die Zivilgesellschaft nicht nur in eine Rolle, die ihr nicht zukommen sollte, sondern höhlt eine der großen Stärken unseres Gesellschaftsvertrags und der sozialen Marktwirtschaft aus. Auch aus diesem Grund sollten Politiker ihren Populismus gegen den Sozialstaat beenden.**

Quelle: Marcel Fratzscher - [https://www.dw.de/de/diw\\_01.c.898621.de/nachrichten/schluss\\_mit\\_dem\\_populismus\\_gegen\\_den\\_sozialstaat.html](https://www.dw.de/de/diw_01.c.898621.de/nachrichten/schluss_mit_dem_populismus_gegen_den_sozialstaat.html)

inspirieren – beteiligen – mitentscheiden: „[Partizipation braucht Erwachsene](#)„

[Inspirierende](#) Ideen für mögliche Entwicklungen unserer demokratischen Strukturen gibt es mittlerweile einige, wie zB jene von [Tamara Ehs](#), [Michael Landau](#) und [David Van Reybrouck](#). Um nur eine einzige davon zu realisieren, braucht es Menschen mit einem Herz für politisches Engagement jenseits von Parteieninteressen. Ein [Bündnis für mehr Demokratie](#) könnte dabei wertvolle Beiträge liefern.

Mit Bündnissen  
Widerstände  
überwinden

Wie damals in Frankreich erfolgt bei den „privilegierten Ständen [auch heute k]ein Verzicht auf ihre Vorrechte freiwillig und aus Einsicht„. Jetzt übernehmen zu wollen, um die Demokratie zu stärken, braucht zuerst unser Engagement in lebendigen und damit starken

**Bündnissen** zwischen **verschiedenen Playern** der Zivilgesellschaft.



**Towards a Climate of Peace:**  
Konferenz, 1. - 4. Juli 2024  
Stadtschlaining

**WORKSHOP: KLIMA ZUM MITMACHEN - GOOD PRACTICE-BEISPIELE  
PARTIZIPATIVER KLIMAPROJEKTE AUF KOMMUNALER EBENE**

*Bei diesem Workshop setzen Sie sich damit auseinander, wie Beteiligung angesichts der Klimakrise auch bei konfliktreichen Themen erfolgreich sein kann. Als Praktiker\*in oder Theoretiker\*in lernen Sie neue, erfolgreiche Beteiligungsprojekte aus verschiedenen Teilen Österreichs aus erster Hand kennen, tauschen sich mit anderen darüber aus und haben die Gelegenheit, sich zu vernetzen.*

Weitere



Beispiel für ein erfolgreiches Bündnis

von über 50 Organisationen:



Europa, Deutschland, Schleswig Holstein, Kiel, Rathausplatz, Mehr Demokratie e.V., Volksinitiative Rettet den Bürgerentscheid

Informationen darüber hier: <https://www.mehr-demokratie.de/nachrichten/einzelansicht/volksinitiative-buergerentscheid-in-schleswig-holstein-gerettet>